

GLOBAL 2000



volkshilfe.

SOZIALBAROMETER KLIMA

MEHRHEIT FÜR SOZIALE STAFFELUNG BEI KLIMA-MAßNAHMEN

18. Juli 2023

Einleitung

Für den Volkshilfe Sozialbarometer führt SORA mehrmals jährlich eine repräsentative Befragung zu aktuellen sozialpolitischen Themen durch.

Im April/Mai 2023 wurden die Menschen zu aktuellen Klimathemen repräsentativ befragt. Mit sehr klaren Ergebnissen.



Ergebnisse und Analyse

Soziodemographische Daten



Befragt wurden
Personen ab 15 Jahren.

Feldzeit: 11.4.2023. bis
03.5.2023

Die Daten wurden gewichtet nach Alter, Geschlecht, Region, Wohnortgröße, Bildung, Personen im Haushalt und Berufstätigkeit. Somit entstehen aus diesen Daten repräsentative Aussagen über die österreichische Bevölkerung.

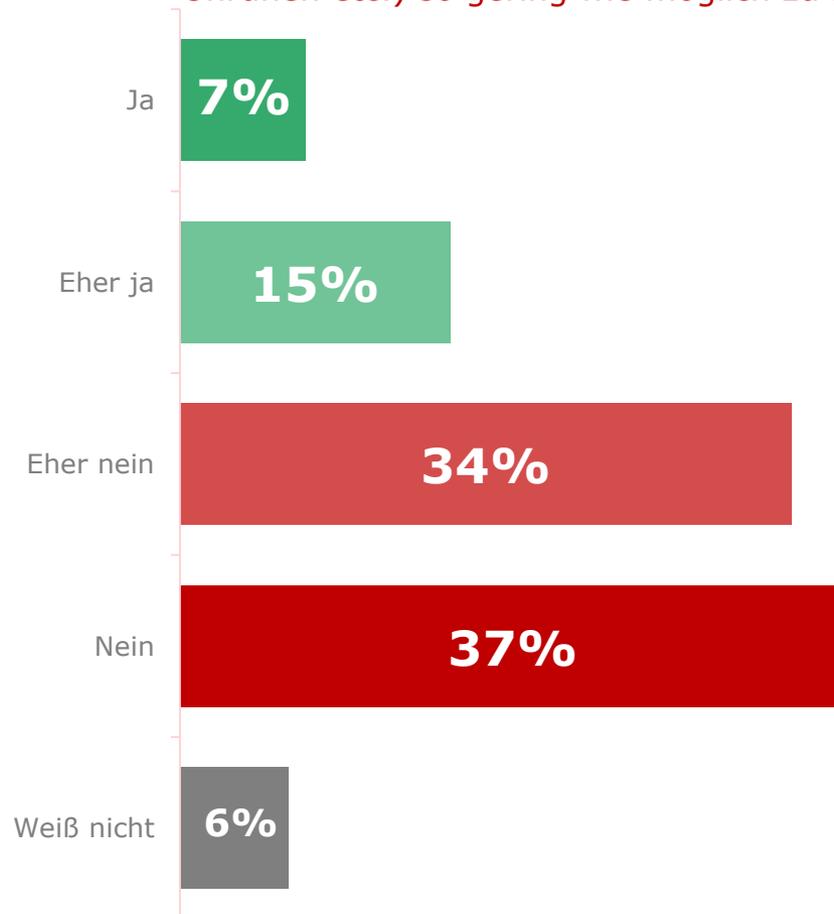
Die maximale Schwankungsbreite für die dargestellten Ergebnisse liegt bei +/- 3,1%.



Höheres Engagement der Regierung dringend erforderlich

Mehr als zwei Drittel der Menschen in Österreich (71%) stufen die derzeitigen Aktivitäten der Regierung zur Bekämpfung des Klimawandels als nicht ausreichend ein, um die negativen Folgen (Wassermangel, Dürreperioden, Unwetter, steigende Ungleichheit und soziale Unruhen etc.) so gering wie möglich zu halten. Diese Einschätzung wird von einer deutlichen Mehrheit quer durch alle Altersgruppen, Einkommens- und Bildungsschichten geteilt.

Glauben Sie, dass die Regierung in Österreich derzeit genug tut, um die negativen Folgen des Klimawandels (Wassermangel, Dürreperioden, Unwetter, steigende Ungleichheit und soziale Unruhen etc.) so gering wie möglich zu halten?

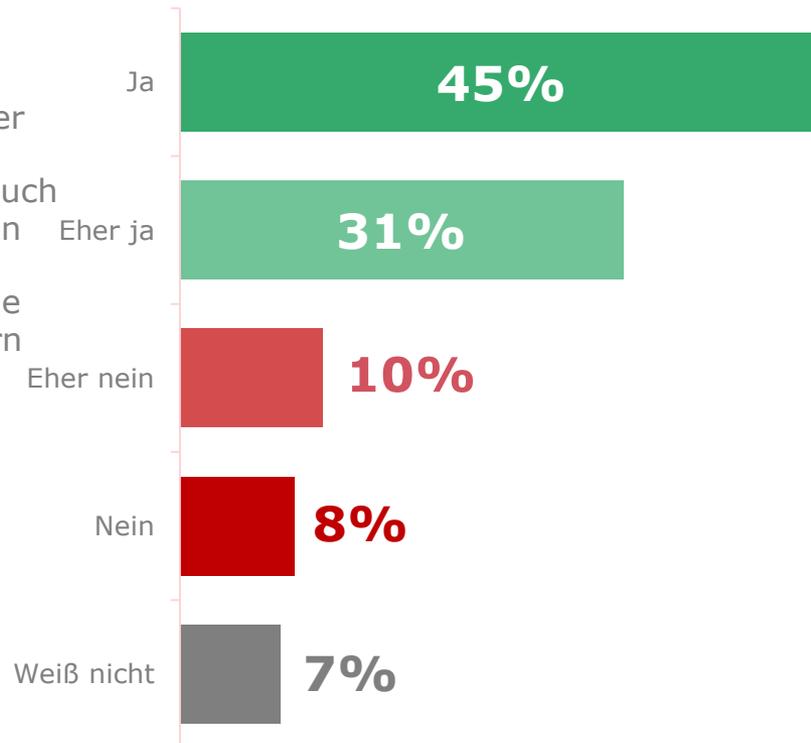


Deutliche Mehrheit befürwortet soziale Staffelung der Maßnahmen

Mehr als drei Viertel der Befragten (76%) befürworten eine einkommensabhängige Gestaltung der Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Dadurch soll eine noch stärkere Belastung ärmerer Menschen verhindert werden. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass reiche Menschen einen Beitrag leisten, der ihrem größeren ökologischen Fußabdruck angemessenen ist.

Die Zustimmung steigt mit zunehmendem Alter (bis 29 Jahre: 72,9%; 30-59 Jahre: 73,8%; Menschen ab 60 Jahre 82,2%). Es lässt sich auch ein Geschlechterunterschied feststellen. Frauen (78,3%) stimmen einer sozialen Staffelung häufiger zu als Männer (73,8%). Eine deutliche Mehrheit stimmt aber bei beiden Geschlechtern sowie quer durch alle Altersgruppen zu.

Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels müssen einkommensabhängig gestaltet werden. Damit arme Menschen nicht belastet werden und reiche Menschen einen, ihrem größeren ökologischen Fußabdruck angemessenen, Beitrag leisten.



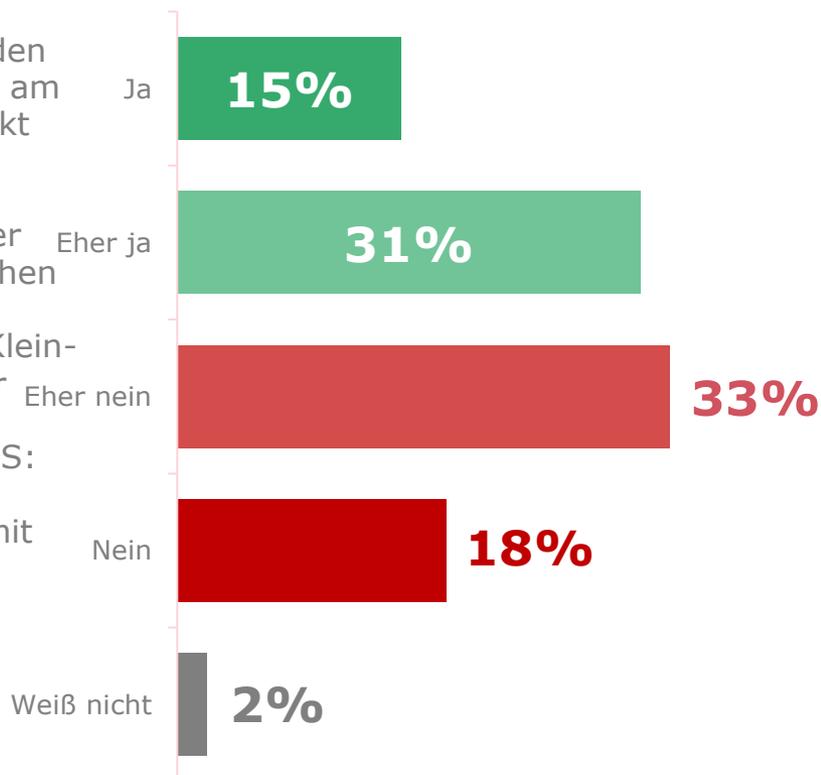
Sorge um die eigene Gesundheit aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels

Beinahe die Hälfte der Menschen in Österreich (46%) äußert Besorgnis um die eigene Gesundheit aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels. Dabei werden gesundheitliche Beeinträchtigungen durch langanhaltende Hitzewellen befürchtet.

Junge Menschen, also jene Gruppe, die von den zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels am stärksten betroffen sein wird, äußern verstärkt Besorgnis (bis 29 Jahre: 56%; 30-59 Jahre: 44%; ab 60 Jahre: 45,7% Zustimmung).

Außerdem wächst die Sorge mit zunehmender Bevölkerungsdichte: Menschen, die in ländlichen Gebieten leben (40,1%), äußern weniger Besorgnis als jene in urbaneren Gegenden (Klein-, Mittelstadt: 48,3%; Wien: 55,9%). Darüber hinaus sorgen sich Männer (44,1%) und Menschen mit höherer Ausbildung (Lehre/BMS: 44,6%; Matura/Hochschule: 41,0%) etwas weniger als Frauen (49,7%) und Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen (Pflichtschule: 58,1%).

Ich habe Angst vor klimabedingten gesundheitlichen Problemen in Folge von langanhaltenden Hitzeperioden.

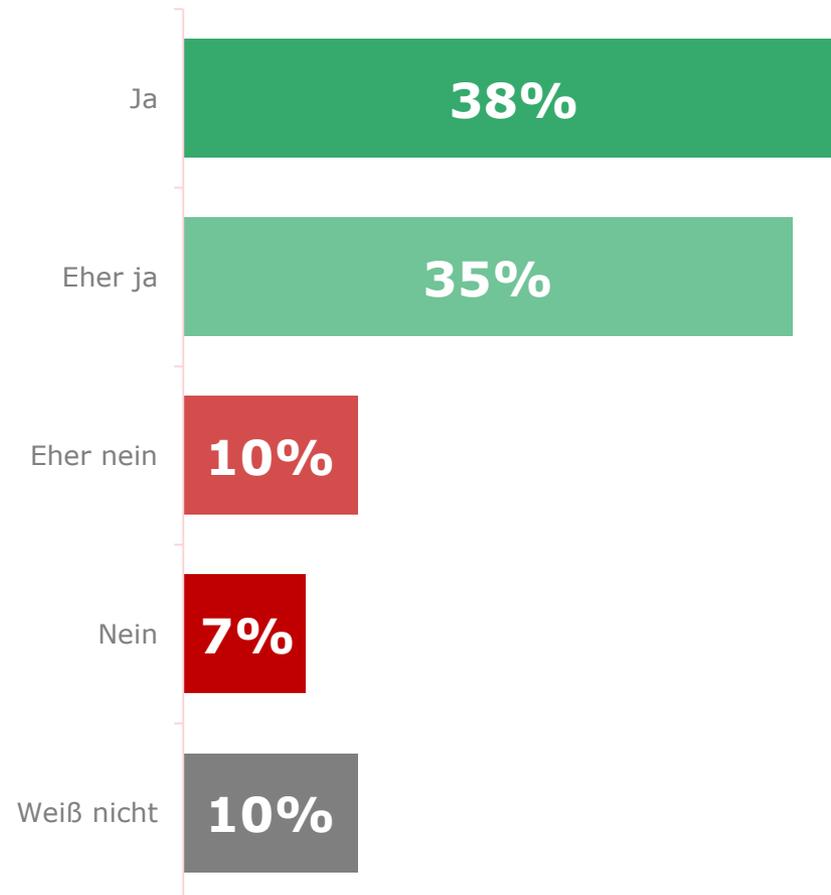


Verbindlicher Ausstiegsplan aus fossiler Energie für Energiekonzerne gefordert

Darüber hinaus ist auch die Zustimmung zur Forderung eines verbindlichen Ausstiegsplans aus fossiler Energie von Seiten der Energiekonzerne sehr hoch: 73% der Österreicher*innen stimmen dieser Forderung zu und nur 17% lehnen diese ab. Gleichzeitig zeigt sich in dieser Frage auch ein höheres Ausmaß an Unsicherheit bzw. Unentschiedenheit: Jede*r zehnte Befragte antwortet mit „Weiß nicht“.

In Bezug auf die Forderung nach einem verbindlichen Ausstiegsplan aus fossiler Energie zeigt sich – umgekehrt zur Besorgnis um die eigene Gesundheit – eine überdurchschnittlich hohe Zustimmung von Seiten älterer Menschen ab 60 Jahren (86,5%) im Vergleich zu jüngeren Altersgruppen (bis 29 Jahre: 58,3%; 30-59 Jahre: 71,4%). Mit zunehmendem Alter sinkt auch die Unsicherheit in dieser Frage deutlich: 21,4% der jüngeren Menschen bis 29 Jahre beantworten die Frage mit der Kategorie „weiß nicht“, im Vergleich zu 9,9% der Gruppe der 30-59-Jährigen und lediglich 3% der Menschen ab 60 Jahren.

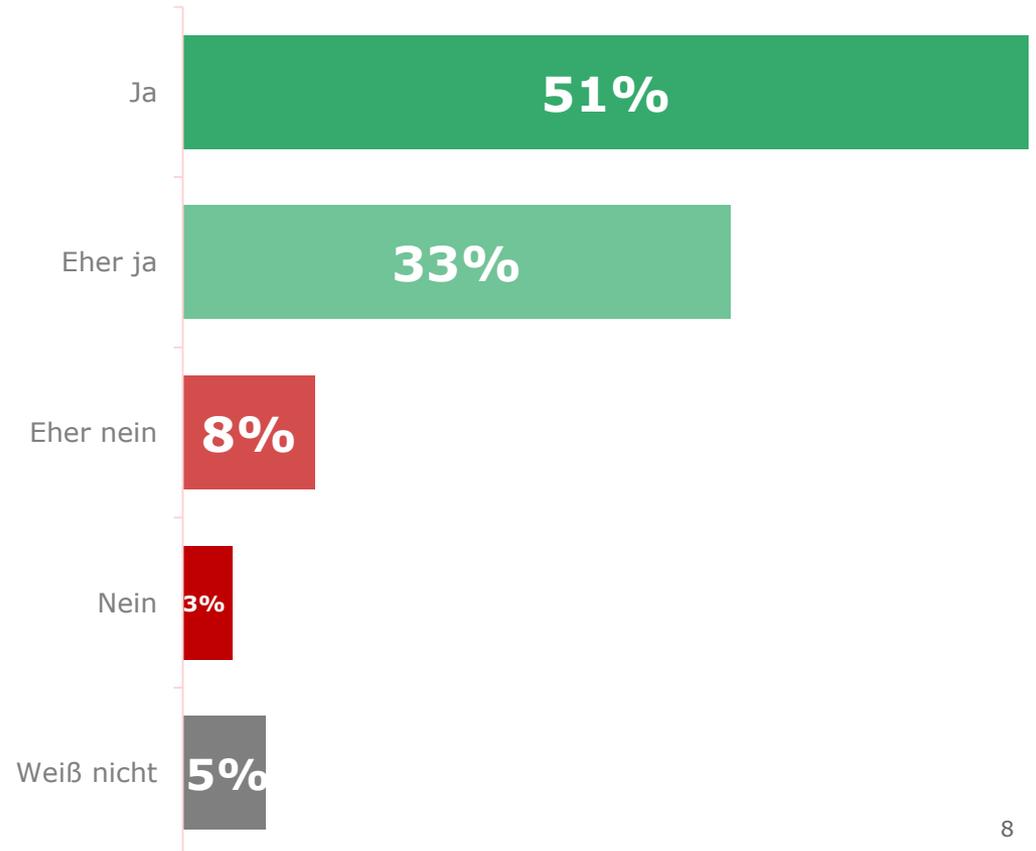
Energiekonzerne müssen einen verbindlichen Ausstiegsplan aus fossiler Energie vorlegen.



Überwältigende Zustimmung zu langfristig abgesicherten Förderungen für einen Umstieg auf ein nachhaltiges Heizungssystem

Eine große Mehrheit von 84% der Österreicher*innen unterstützt außerdem die langfristige Absicherung von Förderungen für einen Umstieg auf nachhaltige Heizungssysteme. Diese Förderungen sollen insbesondere auch im vermieteten Bereich sichergestellt werden, damit die Leistbarkeit für alle gewährleistet werden kann. Die Zustimmung zu dieser Forderung steigt mit zunehmendem Alter (bis 29 Jahre: 75,1%; 30-59 Jahre: 83,5%; ab 60 Jahre: 89,2%).

Förderungen für einen Umstieg auf ein nachhaltiges Heizungssystem, auch bei Mieten, müssen von den staatlichen Stellen langfristig zugesagt werden, um die Leistbarkeit des Umstiegs für Alle sicher zu stellen.





Fragen und Antwortmöglichkeiten im Wortlaut

- Glauben Sie, dass die Regierung in Österreich derzeit genug tut, um die negativen Folgen des Klimawandels (Wassermangel, Dürreperioden, Unwetter, steigende Ungleichheit und soziale Unruhen etc.) so gering wie möglich zu halten?
- Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels müssen einkommensabhängig gestaltet werden. Damit arme Menschen nicht belastet werden und reiche Menschen einen, ihrem größeren ökologischen Fußabdruck angemessenen, Beitrag leisten.
- Ich habe Angst vor klimabedingten gesundheitlichen Problemen in Folge von langanhaltenden Hitzeperioden.
- Energiekonzerne müssen einen verbindlichen Ausstiegsplan aus fossiler Energie vorlegen.
- Förderungen für einen Umstieg auf ein nachhaltiges Heizungssystem, auch bei Mieten, müssen von den staatlichen Stellen langfristig zugesagt werden, um die Leistbarkeit des Umstiegs für Alle sicher zu stellen.